

TOP 2: Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des Landeswaldgesetzes (LWaldG)

- Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten -

Beschluss:

Der Ministerrat beschließt den Entwurf des Ersten Landesgesetzes zur Änderung des Landeswaldgesetzes.

Erläuterungen:

Das für Kartellsachen zuständige Oberlandesgericht Düsseldorf hat in seiner Entscheidung vom 15. März 2017 (VI-Kart 10/15 (V)) dem Land Baden-Württemberg die gemeinsame Rundholzvermarktung aus Staats- und Nichtstaatswald wegen Verstoßes gegen Art. 101 Abs. 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union untersagt. Die in Rheinland-Pfalz praktizierte gemeinsame Holzvermarktung aus staatlichem und nicht staatlichem Waldbesitz soll zur Vermeidung möglicher wettbewerbsrechtlicher Angriffspunkte zum 1. Januar 2019 grundsätzlich aufgegeben werden.